



Ihre Gesprächspartner

Andreas Stangl

Martin Oppenauer, BA

Präsident der AK Oberösterreich

Projektleiter, Institut für
empirische Sozialforschung (IFES)

AK Oberösterreich in Kooperation mit IFES

**AK-Bürgermeisterbefragung zeigt:
Angespannte Gemeindefinanzen
beeinträchtigen Lebensqualität der Menschen**

Pressekonferenz

Freitag, 9. Oktober 2026, 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Oberösterreichs Gemeinden sichern, erhalten und gestalten wichtige Angebote wie Kinderbildungs- und Betreuung, Kultur, Sport und Freizeit sowie Pflichtschulen. Zudem erledigen sie zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung oder Straßenerhaltung. Eine aktuelle Studie unter Oberösterreichs Bürgermeister:innen zeigt nun, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinden bereits jetzt negativ auf die kommunalen Angebote und somit auf die Lebensqualität der AK-Mitglieder auswirkt. Die Arbeiterkammer Oberösterreich legt Vorschläge vor, wie die Situation für die Menschen vor Ort besser werden kann.

Um herauszufinden, wie sich die Situation bei den Gemeindefinanzen auf den Alltag in Oberösterreichs Gemeinden auswirkt, hat das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) 2025 im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ eine Befragung der oberösterreichischen Bürgermeister:innen durchgeführt. Insgesamt wurden 108 Personen in Online-Interviews (CAWI) im Zeitraum Oktober bis Dezember 2025 befragt.

Angespannte Finanzen wirken sich negativ auf Lebensqualität aus

Die Ergebnisse der Befragung sind besorgniserregend: In vielen Gemeinden müssen Gebühren erhöht oder bestehende Dienstleistungen reduziert werden. Knapp vier von zehn Bürgermeister:innen geben an, dass aufgrund der angespannten finanziellen Lage Kürzungen im Budget notwendig waren, die sich negativ auf die Lebensqualität der Bevölkerung auswirken. Etwa gleich viele geben an, Schwierigkeiten zu haben, die Daseinsvorsorge zu finanzieren. Dazu kommt, dass wichtige Zukunftsinvestitionen in vielen Gemeinden aktuell nicht mehr möglich sind.

Gebühren und Entgelte müssen erhöht werden

In Zeiten hoher Lebenserhaltungskosten ist es besonders wichtig, dass öffentliche Leistungen erhalten und für alle leistbar bleiben. Viele Gemeinden sehen sich aktuell gezwungen, auf die finanziellen Herausforderungen zu reagieren. Zwei Drittel der befragten Bürgermeister:innen geben etwa an, Gebühren für Kanal, Wasser und Müllabfuhr erhöht zu haben. Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, Entgelte wie z.B. Mieten für Sporträumlichkeiten oder beim Angebot „Essen auf Rädern“ erhöht zu

haben. Zudem haben 39 Prozent Leistungsentgelte wie zum Beispiel die Essensbeiträge im Kindergarten erhöht.

Basis des Zusammenlebens gefährdet

Ein wichtiger Bestandteil guten Zusammenlebens in Gemeinden sind kommunale Leistungen und Förderungen. Sie reichen vom Betrieb von Hallen- und Freibädern, über die Unterstützung von Vereinen, die (Mit-)Finanzierung von Angeboten in Jugendzentren sowie von Kultur- und Freizeitangeboten bis hin zu Serviceleistungen in den Gemeindeämtern. Ganze vier von zehn der befragten Bürgermeister:innen geben an, Schwierigkeiten zu haben, den laufenden Betrieb in ihrer Gemeinde in der gewohnten Qualität aufrecht zu erhalten. Dabei gefährden Kürzungen diese Basis des Zusammenlebens. Zwei von zehn befragten Bürgermeister:innen geben an, Öffnungszeiten von Einrichtungen der Gemeinde (z.B.: Schwimmbad, Bibliothek, Jugendzentrum) reduziert zu haben. Ein gutes Viertel der Befragten hat das Kunst- und Kulturangebot verringert. Und ein Drittel der Befragten gibt an, Vereinsförderungen und sonstige Förderungen wie z.B. für Student:innen, das Semesterticket oder Weihnachtszuwendungen gekürzt zu haben.

Gemeinden müssen Investitionen streichen

Kommunale Infrastruktur ist die Grundlage für ein attraktives Oberösterreich, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten. Gemeinden sind zentrale Akteurinnen, wenn es um den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur geht. Immerhin werden bis zu 30 Prozent der öffentlichen Investitionen durch Gemeinden geleistet. Somit investieren sie im Verhältnis zu ihren Einnahmen relativ viel. Die angespannte finanzielle Lage wirkt sich nun jedoch nachteilig aus: Fast die Hälfte der befragten Bürgermeister:innen gibt an, in ihren Gemeinden bereits Investitionen gestrichen zu haben. Investitionen sind dann möglich, wenn Land und Bund finanziell unterstützen. So geben 47 Prozent der Befragten an, sie können investieren, weil das Land sie dabei finanziell unterstützt, 45 Prozent, weil der Bund sie finanziell unterstützt. Trotzdem müssen Gemeinden zwischen den verschiedenen, für die Lebensqualität der Menschen

wichtigen Investitionen abwägen. Dabei müssen unter Umständen wichtige Zukunftsinvestitionen hintangestellt werden.

Krankenanstalten-, Sozialhilfe-, und Landesumlage als Problem

Gemeinden zahlen 2026 in Summe über eine Milliarde Euro in das oberösterreichische Landesbudget ein. Damit kofinanzieren sie eigentliche Landesaufgaben. In Oberösterreich ist nach Berechnungen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) die Umlagenbelastung besonders hoch: Von jedem Euro an Ertragsanteilen bleiben den Gemeinden nach Abzug der Umlagen nur 26 Cent übrig. Im Bundesländervergleich ist die Umlagenbelastung pro Kopf in Oberösterreich am höchsten. Im Österreich-Schnitt bleiben den Gemeinden 42 Cent. Auch die befragten Bürgermeister:innen sehen die Belastung durch die Umlagen kritisch: 94 Prozent der Befragten finden die Krankenanstaltenumlage zu hoch, 89 Prozent die Sozialhilfeumlage und 81 Prozent die Landesumlage.

Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich

Die Lebensqualität der AK-Mitglieder hängt maßgeblich davon ab, welche Infrastrukturen sie in ihren Heimatgemeinden vorfinden. Für die Arbeiterkammer steht daher fest: Nur wenn Gemeinden gestärkt werden, kann die Lebensqualität der Arbeitnehmer:innen langfristig gesichert werden.

Darum fordert die Arbeiterkammer Oberösterreich:

- Eine nachhaltige Sicherung der Gemeindefinanzierung durch Senken der Umlagenbelastung, damit Gemeinden wieder ihren Kernaufgaben nachkommen und zu unserer gewohnt hohen Lebensqualität in Oberösterreich beitragen können.
- Aufgabenorientierung im Finanzausgleich unter Berücksichtigung von soziodemographischen und zentralörtlichen Faktoren bei der Finanzausstattung der Gemeinden. Es sollte der Steuergrundsatz „Geld folgt Aufgabe“ umgesetzt werden.